

Liebe Genossin, lieber Genosse,

mit dem folgenden Fragebogen möchten wir etwas mehr über dich und deine Wünsche an die politische Arbeit der SPD erfahren, damit wir wissen, welche Angebote dich besonders

Teil 1 des Fragebogens:**Wie zufrieden bist du mit der Arbeit des SPD-Stadtverbands**

sehr zufrieden
 eher zufrieden
 teils zufrieden
 eher unzufrieden
 sehr unzufrieden

Was sollte der SPD-Stadtverband an seiner Arbeit verbessern?

mehr Öffentlichkeitsarbeit
 mehr Veranstaltungen zu kommunalen Themen
 mehr Veranstaltungen zu Landes- und Bundesthemen

Sonstiges: _____

Welche dieser Themen interessieren dich vor allem?

Kommunales
 Soziales, soziale Sicherung
 Gesundheit, Gesundheitswesen
 Wirtschaft
 Finanzen, Haushaltspolitik
 Arbeitsmarktpolitik
 Bildungs- und Hochschulpolitik
 Migrations- und Zuwanderungspolitik
 Innen- und Rechtspolitik
 Außenpolitik
 Gewerkschaften
 Kultur
 Jugendpolitik
 Gleichstellungspolitik

Sonstiges: _____

Sollten folgende Angebote der Partei eher öfter oder eher seltener stattfinden?

	öfter	seltener
Seminarangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regelmäßige inhaltliche Treffen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
gesellige Veranstaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
politische Informationen über Newsletter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Was ist Deiner Meinung nach charakteristisch für die Arbeit des SPD Stadtverbands?

interessieren und wie du die Arbeit des SPD-Stadtverbands in Göttingen einschätzt. Wir bitten dich daher, dir einige Minuten Zeit zu nehmen um den Fragebogen auszufüllen und dann an uns zurück zu senden.

Teil 2 des Fragebogens (wenn Du diesen Teil auch ausfüllen möchtest, der es uns ermöglicht Dich gezielter zu informieren, wäre es schön, wenn Du am Ende des Fragebogens Deine Adresse eintragen könntest):

Welche dieser Aussagen trifft auf Dich zu?

Ich möchte mich aktiv in die Parteiarbeit einbringen.
 Ich möchte regelmäßig über interessante Aktivitäten informiert werden.
 Ich möchte nur meinen Beitrag zahlen und die SPD ideell unterstützen.

In welchen Gremien der Partei wirkst Du mit oder würdest Du gerne mitwirken?

Im Ortsverein
 In einer Arbeitsgemeinschaft
 ASF (Frauen)
 AfA (Arbeitnehmer)
 Jusos (Jungsozialisten)
 60 plus (Senioren)
 ASJ (Juristen)
 In einem Arbeitskreis des Stadtverbands
 AK Schule
 AK Soziales

Ich habe folgende Hobbys, Kenntnisse, Fähigkeiten, die für die SPD interessant sein könnten und die ich bei Bedarf gerne in die Parteiarbeit einbringen würde:

Journalistische Fähigkeiten
 Fotografieren
 Erstellung von Internetseiten
 Singen, Instrumente spielen
 Basteln, Heimwerkern
 Kochen, Backen
 Sportliche Begabungen
 Malen und Zeichnen

Andere: _____

HERZLICHEN DANK FÜR DEINE MITARBEIT!

Kontaktdaten

Bitte einsenden an / abgeben bei:

SPD Göttingen oder faxen an:
 Nikolaistr. 30 0551-5031122
 37073 Göttingen martin.bender@spd.de

Podiumsdiskussion „Werden wir schreiten Seit´ an Seit´?“

Die LINKE – ein Partner für die SPD?



v. links: Konrad Klingenburg, Franziska Drohsel, Prof. Dr. Ulrich Eidt, Thomas Oppermann, Insa Wiethaup, Juso-Vorsitzende und Organisatorin der Veranstaltung

prk. Mit einem brisanten Thema stellt sich die neue Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel den Göttingern vor: Die LINKE - Freund oder Feind? Von Anfang an ließ sie keinen Zweifel an ihrer Position. Tabuisierung schade eher der SPD. Ihre im Stakkato vorgetragenen Argumente entwarfen auch Thomas Oppermann, eigentlich dezidiert gegen eine Zusammenarbeit mit der LINKEN.

Unterstützung bekam Franziska Drohsel von Konrad Klingenburg, DGB-Vertreter auf dem Podium. Seine mit trockenem Humor vorgetragene Kritik an der Politik der Schröder-Ära wurde vom Publikum mit viel Beifall bedacht

Auch der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Eidt, Moderator des Abends, deutete in seinem kurzen Statement an, dass die LINKE nicht automatisch durch Nichtbeachtung wieder in der Versenkung verschwinden werde.

Ein ausführlicher Bericht von der Veranstaltung ist bei ZEIT-online nachzulesen.

<http://www.zeit.de/online/2008/19/spd-linke?page=1>

Damenmannschaft gerettet

SPD setzt sich für Basketball-Team ein

Turbulent verliefen die letzten Wochen im sportpolitischen Bereich. Direkt nach dem Ende der Saison 2007/2008, die vom Bundesliga-Damenteam der BG 74 Göttingen auf dem 4. Platz abgeschlossen wurde, kam die Hiobsbotschaft: An eine Anmeldung des Damen-Teams für die nächste Saison sei trotz des Erfolgs wegen hoher Defizite nicht zu denken, so die Verantwortlichen der Lizenzinhaberin, der Starting Five GmbH.

Die Fraktion reagierte sofort und lud die Entscheidungsträger zum Gespräch ein. Viele weitere Termine sollten folgen. SPD-Mitglieder spendeten Geld für den Erhalt des Damen-Basketballs, kauften Retter-Dauerkarten und berieten die Beteiligten – geräuschlos und professionell. Innerhalb von 3 Wochen kamen 69.000 EUR allein von der Göttinger Bevölke-

rung zusammen, mit denen vorher nicht zu rechnen war.

Der SPD-Stadtverband richtete eine Weinprobe für Mitglieder, Fans und SponsorInnen aus, um durch aufgestellte Spendenbüchsen der „Retter-Aktion“ eine weitere Hilfe zu leisten. Die Rettung ist auch ein Erfolg der SPD – vielen Dank an alle Beteiligten! *mb*

**IMPRESSUM**

Herausgeber: SPD Stadtverbandsvorstand
 Göttingen, Nikolaistr. 30 / 37073 Göttingen
 druckpunkt@spd-goettingen.de
 Redaktion: Gregor Motzer (gm) V.i.S.d.P.;
 Stefan Christmann (sc); Martin Bender (mb);
 Horst Reinert (hr); Auflage: 1100 Exemplare

**Gegen das Vergessen**

75 Jahre nach der Zerschlagung der Göttinger Sozialdemokratie

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in vielen Medien finden wir zur Zeit Berichte und Analysen über die Geschehnisse des Jahres 1933. Fernsehberichte, Diskussionsrunden und Zeitungsartikel thematisieren die Ernennung



Hitlers zum Reichskanzler, den Brand des Reichstags und daraus resultierende Verfolgungen, das Ermächtigungsgesetz und den sozialdemokratischen Widerstand dagegen und nicht zuletzt die Bücherverbrennung.

Wie ich finde, zu Recht: Denn ein Volk das seine Geschichte vergisst, ist verdammt dazu sie zu wiederholen.

Bundesweite Geschehnisse bleiben dabei natürlich auch lokal nicht ohne Wiederhall; so spiegeln sich all jene Erinnerungen an das Jahr 1933 in der Göttinger Stadtgeschichte. Nationalsozialistische

Politik hatte in Göttingen eine starke Wirkung, denn schon früh gewann die NSDAP hier Mehrheiten. Nach Gründung der NSDAP-Ortsgruppe im Jahr 1922 wurde Göttingen schnell zu einer Nazi-Hochburg im norddeutschen Raum, deren NSDAP-Wahlergebnisse immer weit über dem Reichsschnitt lagen.

Mit diesen Ergebnissen wurde am 24. März 1933 der Theaterplatz in Adolf-Hitler-Platz umbenannt; einige Tage später, am 19. April, bekam Hitler sogar die Ehrenbürgerwürde der Stadt verliehen.

Im Januar 1932 begannen die Nationalsozialisten die öffentlichen Veranstaltungen der SPD zu stören; ein Demonstrationszug von 900 SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen am 15. Februar gegen die Ernennung Hitlers wurde massiv bedroht. Im Februar wurde das sozialdemokratische „Volksblatt“ wegen „böswillige(r) Verächtlichmachung der Reichsregierung“ vorübergehend verboten, nach dem Reichstagsbrand wurden seine Redaktionsräume durchsucht und sämtliche Plakate und Flugblätter der SPD beschlagnahmt.

Zentraler Ort des Widerstands war damals das Volksheim im Maschmühlenweg. Es war das Kommunikations- und Aktionszentrum der Göttinger Arbeiterbewegung, welches im Jahr 1921 von Gewerkschaften und SPD gemeinsamen geschaffen wurde. Die Volksblatt-Druckerei befand sich in einem Nebengebäude, welches drei Jahre später ergänzt wurde.

1933 nahmen die Aktivitäten der SPD ein jähes Ende: Am 7. April wurden fünf sozialdemokratische Bürgervorste-

her verhaftet, ihre Wohnungen wegen des „dringlichen Verdachts der Beteiligung an hochverräterischen Umtrieben“ durchsucht. Am 26. April besetzte die SA das Volksheim, demolierte die Einrichtung, zog aber nach einer Durchsuchung wieder ab. Nicht so am 2. Mai, dem Tag, an dem reichsweit Aktionen gegen die Gewerkschaften stattfanden. In Göttingen wurden ihre Akten und ihr Vermögen beschlagnahmt, in den Folgetagen wurden SPD-Bürgervorsteher zusammen mit Gewerkschaftsführern durch die Straßen zum Volksheim geführt und im Keller des Hauses schwer gefoltert.

Daran haben wir am 2. Mai 2008 mit der Enthüllung einer Gedenktafel am Gebäude der ehemaligen Volksblatt-Druckerei im Maschmühlenweg erinnert. Als Ergänzung zum im Mai 1990 eingeweihten Gedenkstein vor dem Volksheim soll sie an die Geschichte des Volksblattes und der Göttinger SPD erinnern.

Erschütternde Einblicke bot auch die von Frank Möbus und Friederike Schmidt-Möbus organisierte Ausstellung „... und Euch zum Trotz!“, die die Bücherverbrennung in Göttingen in den Fokus rückte. Mit eindrucksvollen Zeitdokumenten, Originalausgaben verbrannter Bücher und „Entarteter Kunst“ aus dem Willy-Brandt-Haus wurde Geschichte erlebbar gemacht.

Genau solche Dinge sind es, die wir gegen das Vergessen brauchen; als Grundstein dafür, dass Fehler der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Euer

Stefan Christmann

Podiumsdiskussion: Brauchen wir ein neues Jugendstrafrecht?



Im Rahmen seiner Delegiertenversammlung veranstaltete der SPD-Stadtverband in den Räumlichkeiten des offenen Jugendvollzugs Göttingen-Leineberg eine ebenso informative wie spannende öffentliche Diskussion zum Thema Jugendgewalt. Die Frage lautete: Brauchen wir ein neues Jugendstrafrecht? Als Experten auf dem Podium kamen Herr Prof.

Dr. Martin Jehle, Leiter des Kriminalwissenschaftlichen Instituts der Universität Göttingen, Herr Helmut Schütze, Leiter des Jugend- und Erwachsenenvollzugs in Göttingen/Rosdorf und Herr Kriminaldirektor Volker Warnecke als Leiter des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Göttingen miteinander sowie mit den Gästen ins Gespräch.

Souverän und professionell moderiert wurde die Veranstaltung durch den Journalisten und Gerichtsreporter Herrn Jürgen Gückel vom Göttinger Tageblatt. Die Veranstaltung fand bei den SPD-Mitgliedern wie auch bei den übrigen Gästen großes Interesse. Viele Besucher machten von der Gelegenheit, Fragen an das Podium zu richten, regen Gebrauch. *kvk*

EINLADUNG

Jahreshauptversammlung des SPD-Stadtverbands

Termin:

Samstag, 07.06.08

um 14.00 Uhr

Ort:

Mensa am
Wilhelmsplatz

Vorschlag zur Tagesordnung:

- I. Eröffnung und Begrüßung
- II. Wahl eines Tagungspräsidiums
- III. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK)
- IV. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- V. Beschlussfassung über die Tagesordnung
- VI. Bericht der MPZK, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- VIII. Berichte mit anschließender Aussprache
 - a) des Vorstands
 - b) des Kassierers
 - c) der RevisorInnen
 - d) Entlastung des Vorstands
- IX. Neuwahl des Stadtverbandsvorstands für die Wahlperiode 2008-2010
 - a) Beschlussfassung über die Zahl der BeisitzerInnen
 - b) Wahl eines Vorsitzenden/einer Vorsitzenden
 - c) Wahl zweier stellvertretender Vorsitzenden
 - d) Wahl eines Schriftführers/einer Schriftführerin
 - e) Wahl eines Finanzbeauftragten/einer Finanzbeauftragten
 - f) Wahl von BeisitzerInnen
 - g) Verabschiedung ausgeschiedener Stadtverbandsvorstandsmitglieder
- X. Wahl dreier Revisorinnen und Revisoren
- XI. Verschiedenes

Interview mit Dr. Dieter Vesper zur Veranstaltung: „Kommunale Handlungsspielräume in Zeiten knapper Finanzen“

Herr Dr. Vesper, warum sind die Kommunen so knapp bei Kasse?

Zum einen durch die Steuerpolitik der rot-grünen Koalition, denn die Gemeinden sind mit 15 % an der Einkommensteuer beteiligt, und die Erhöhung der Freibeträge. Das hat zu hohen Steuerausfällen geführt.

Zum anderen durch die konjunkturelle Stagnation 2001 bis 2004. Die Kommunen finanzieren sich aus Gewerbesteuer-Einnahmen, die stark von der Konjunktur bzw. den Gewinnen abhängig sind. Wegen der Abschaffung der Gewerbesteuer hat sich die Abhängigkeit von den Unternehmensgewinnen stark erhöht. Zudem schwanken auch die Zweckzuweisungen des Landes mit der konjunkturellen Lage.

Aber es gibt doch den kommunalen Finanzausgleich, der die Kluft zwischen Aufgaben und Einnahmen kompensieren soll?

Die Kommunen verwalten sich selbst und müssen dafür vom Land mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Über den Finanzausgleich versuchen allerdings die Länder – egal, ob in Bayern, Niedersachsen oder Brandenburg -, auf die Kommunalpolitik Einfluss zu nehmen. Das geschieht vor allem über die Zuweisungen, die das Land für bestimmte Zwecke gewährt. Meistens sind diese noch an eine finanzielle Selbstbeteiligung gekoppelt, so dass den Kommunen noch weniger frei verfügbares Geld bleibt. Ein weiteres Problem ist der Konkurrenzdruck der Kommunen. Von den „gut“ wirtschaftenden Gemeinden wird unterstellt, dass sie „schlechte“ Haushaltspolitik anderer Kommunen mit ihren Ausgleichszahlungen unterstützen. Je höher die Ausgleichsintensität, desto geringer ist der Anreiz zur Erzielung höherer Einnahmen.



Was müsste Ihrer Meinung nach geändert werden?

Die Möglichkeit, Gebühren zu erhöhen, ist begrenzt. Schließlich wollen Stadt- und Gemeinderäte wiedergewählt werden. Auch sind die Gemeinden nicht in erster Linie dazu da, um für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Das ist vor allem Aufgabe des Bundes und der Steuerpolitik. Am wichtigsten ist es, die finanzielle Basis der Gemeinden zu verstetigen. Hier wäre schon viel erreicht, wenn das Land seine (investiven) Zuweisungen stetiger und nicht nach Kassenlage des Landes zuteilen würde. Auch rächt sich die fehlgeschlagene Gemeindefinanzreform. Hier hätten durch eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen (Wertschöpfungssteuer) und der Steuerzahler (Freiberufler!) die starken Schwankungen der Gewerbesteuer gedämpft werden können. *prk*

Wo sehen Sie die größten Probleme der Kommunen?

Die Einnahmen ändern sich jedes Jahr, die Aufgaben bleiben aber gleich. Die Gemeinden müssen für eine gleichmäßige Versorgung mit Infrastruktur-gütern sorgen. Das bedeutet, sie sind gezwungen, in schlechten Zeiten Kredite aufzunehmen - mit der Gefahr der Überschuldung bei länger andauernder Konjunkturlaute. Deshalb ist die Kreditaufnahme streng begrenzt. Außerdem bekommen reichere Kommunen bessere Kreditkonditionen als ärmere.



Lars Brandt 2006, Copyright: Peter-Andreas Husselmann

LARS BRANDT - Gold und Silber

29.5.2008, 20 Uhr, Literarisches Zentrum Göttingen e.V.

Für "Andenken" (2006), die genaue Annäherung an seinen Vater Willy Brandt, hat Lars Brandt einen behutsam sengenden Blick auf »die formale Haut der Wirklichkeit« gerichtet. Gegenstände des Andenkens, die über »eine gewisse Schräglage« verfügen, werden darin zu Auslösern geistiger Zuwendung - etwa eine Lackschattelle vom Kreml mit Kanzler-Porträt. Brandt spricht in "Andenken" nicht so sehr von einem Mann, den alle zu kennen glauben, als vielmehr vom Blick des Individualisten auf den Staatsmacher. - Brandt macht Bilder, Bücher, Filme. Mit dem Roman "Gold und Silber", der im März erscheint, erzählt er von Menschen am Ende des 20. Jahrhunderts, die sich noch irgendwie jung, in jedem Falle aber als Künstler fühlen wollen. Und die Reibwärme suchen an Bildern, Büchern, Filmen. Und die sogar wissen, was sie wollen, aber nicht so genau, wie sie es machen sollen. Wofür lohnt es zu kämpfen? Und wenn man das Wertvollste nicht bekommt, ergreift man dann das Zweitwertvollste? Gold oder Silber - in einer noch ungewogenen Ära, in der Deutschland noch nicht bei sich angekommen, aber schon 10 Jahre alt und schwer war. Moderation: Hauke Hückstädt.

VVK € 7,50/5,50 AK € 8,50/6,50

Über eure Kommentare, Ergänzungen oder Fragen zu diesem Thema würden wir uns freuen und sie im nächsten Druckpunkt veröffentlichen.

AKTUELL AUS DEM LANDTAG

Wulffs Wortbruch - das Gesamtschulverhinderungsgesetz

Für den Wahlerfolg hat die CDU alle Konflikte aus dem Weg geräumt und das Blaue vom Himmel versprochen, so auch neue Gesamtschulen für das Land. Und nach der Wahl? Im Maipenum legte die Landesregierung einen Gesetzentwurf vor, mit dem die Neugründung von Gesamtschulen so schwer wie möglich und in ländlichen Regionen nahezu unmöglich gemacht werden soll. Die aufgebauten Hürden im Einzelnen:

1. Neue Gesamtschulen dürfen nur dort errichtet werden, wo Schülerinnen und Schüler nach ihrer Gründung auch noch die Schulen des gegliederten Schulsystems, insbesondere Haupt- und Realschulen erreichen können.
2. Schon bestehende Gesamtschulen müssen bis zur Achtzügigkeit erweitert werden, bevor eine neue Gesamtschule genehmigt wird.
3. Neue Gesamtschulen müssen mindestens fünfzünftig sein.
4. Es muss auf fünf Jahre im Voraus gesichert werden, dass ausreichende Anmeldezahlen vorhanden sind. Schon während der Kindergartenzeit, noch bevor die Kinder überhaupt eine Schule von innen gesehen haben, müssen die Eltern entscheiden, ob das Kind später einmal eine Gesamtschule besuchen soll.
5. Selbst dann, wenn der Bedarf für fünf Jahre nachgewiesen ist, wird der Elternwille nicht ausreichen, sondern der Schulträger soll allein entscheiden können, ob er nun die Gründung einer Gesamtschule beantragen will oder lieber nicht.

Damit sorgen CDU und FDP dafür, dass gerade im ländlichen Raum die Errichtung von Gesamtschulen nahezu



unmöglich werden dürfte. In Städten, dort wo bereits Gesamtschulen bestehen, werden diese zur Ausschöpfung der Achtzügigkeit gezwungen, bevor eine neue genehmigt wird. Konkret für Göttingen: Bevor die Stadt eine dritte Gesamtschule einrichten kann, müssen IGS und KGS von zurzeit jeweils sechs Zügen auf acht Züge aufgestockt werden. Die Frage, ob solche Mammutschulen

pädagogisch sinnvoll sind, stellt sich die Landesregierung nicht. Gesamtschulen sollen möglichst unattraktiv werden - allein das zählt.

Wulff wird mit dieser Politik scheitern. Auch in CDU geführten Bundesländern beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass die Zeit der Hauptschulen endgültig vorbei ist (siehe Hamburg und Schleswig-Holstein). Nur noch die CDU in Niedersachsen hält an der vorgestrigen Ideologie eines begabungsgerechten dreigliedrigen Schulsystems fest - allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz. Klar, der CDU geht es um die Zementierung von sozialer Auslese durch das Bildungssystem, der Elternwille und die Zukunftschancen der Kinder haben in diesem Gesellschaftsbild keinen Platz. Doch die Eltern werden sich das nicht gefallen lassen und weiter politischen Druck machen. Auch wir sollten das tun - vor allem im Kreistag, wo eine schwarz-grüne Mehrheit Gesamtschulen verhindert. Das Schulkonzept des SPD Unterbezirks hat konkrete Standorte für Gesamtschulen im Landkreis benannt. Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam mit den Eltern Gesamtschulen gegen Schwarz-Grün durchzusetzen. Ich bin mir sicher, das Gesamtschulverhinderungsgesetz wird genauso wenig zu halten sein wie das Gesamtschulerrichtungsverbot. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. *Gabi Andretta*

3 Fragen an Renate Krenz

Kandidatin für den StV-Vorstand

57 Jahre, Lehrerin an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule (IGS)
Kontakt: rkrenz@t-online.de

Wie bist Du zur SPD gekommen?

Ich habe die Grundsätze der SPD sozusagen mit der Muttermilch bekommen. 1970 hat mich mein Vater während eines Studentenejobs in die ÖTV aufgenommen (Motto: „Wer arbeitet, gehört in die Gewerkschaft!“), bei meiner Mutter, die damals Unterkassiererin war, bin ich in die SPD eingetreten. In der Folge habe ich an verschiedenen Orten (Witzenhausen, Wilhelmshaven und Vechna) vielfältige Erfahrungen mit der Partei (Parteiämter, Rats- & Ortsratsmandate, ASF-Arbeit ...) gemacht. Als ich vor gut zwei Jahren hier ankam, traf das Angebot des Stadtverbandsvorstands, den AK Schule zu betreiben, ins Schwarze (wenn das bei Roten geht).

Der „richtige“ Weg in Sachen Bildungspolitik ist umstritten. Was müsste die SPD auf Landesebene am dringendsten ändern?

Die richtige Bildungspolitik geht nur mit integrierten Systemen, in die alle; wirklich alle(!) Kinder gehören. Das lässt sich mit dem Konzept „Gemeinsame Schule“ umsetzen. Gesamtschulinitiativen von Eltern, LehrerInnen und KommunalpolitikerInnen auf breiter Front aufzugreifen, zu fördern und ggf. anzuregen ist ein guter Ansatz.

Du betreust den Arbeitskreis Schule im Stadtverband. Was sind dabei deine Ziele?

Die Göttinger Schulen sind vergleichsweise gut aufgestellt. Das soll so bleiben und kann noch besser werden. Darunter verstehe ich z.B. die Erweiterung des Gesamtschulangebots. Aktuelle Fragen wie die ausreichende und gesicherte Versorgung der Integrationsklassen mit LehrerInnen und pädagogischen MitarbeiterInnen, Schulentwicklungsplanung auf lokaler Ebene, grundsätzliche bildungspolitische Überlegungen, die nicht nur die allgemein bildenden Schulen betreffen, uvm.